

PRESSEMITTEILUNG**Pressesprecher****Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.deInternet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Wirtschaftspolitik

**Johannes Callsen: Wirtschaftsrat der CDU e.V. und CDU-Fraktionsarbeitskreis „Wirtschaft“ im Gespräch:
Senkung der Lohnnebenkosten ist zentrale Voraussetzung
für mehr Arbeitsplätze**

„Unser gemeinsames Ziel ist es, durch eine Senkung der Lohnnebenkosten und Abbau bürokratischer Hemmnisse zu mehr Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein zu kommen. Die verbesserte konjunkturelle Situation und der über dem Bundesdurchschnitt liegende Rückgang der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein sind hoffnungsvolle Signale, die auch von der Wirtschaft anerkannt werden. Mit Blick auf die notwendige Senkung der Lohnnebenkosten ist gerade die Bundespolitik in besonderer Weise gefordert.“ Zu diesem Ergebnis kam der Arbeitskreis „Wirtschaft“ der CDU-Landtagsfraktion unter Vorsitz des Landtagsabgeordneten Johannes Callsen in einem Gespräch mit dem Vorstand des CDU-Wirtschaftsrates Schleswig-Holstein. Der Vorsitzende des Wirtschaftsrates Schleswig-Holstein, Elard Raben, sowie Landesgeschäftsführer, Dr. Bertram Zitscher, unterstützen die Forderung, die für 2006 erwarteten Steuermehreinnahmen auf Bundesebene zur weiteren Senkung der Lohnnebenkosten einzusetzen, um so den Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung entgegen zu wirken und forderten einen Paradigmenwechsel für die Finanzierung des Sozialstaates.

Die Stimmungslage in der Wirtschaft habe sich, so Raben, mit der CDU-geführten Landesregierung in Kiel spürbar verbessert. Gleichwohl sei es erforderlich, weitere Weichenstellungen einzuleiten, um die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitnehmer im Vergleich zur internationalen Konkurrenz nachhaltig zu verbessern und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen sichtbar zu steigern. Ziel müsse es sein, die Lohnzusatzkosten, die laut Elard Raben eine „Steuer-auf-Arbeit“ darstellen, deutlich zu senken, um zusätzliche Arbeitsplätze wettbewerbsfähiger zu machen. Auch Überlegungen der CDU, Arbeitnehmer unter 25 Jahren und über 55 Jahren mit Hilfe von Kombilöhnen wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern, würden unterstützt, so Johannes Callsen. Geeignete Einsatzfelder seien hier vor allem Bereiche, wo zusätzliche Arbeitsplätze entstehen könnten, etwa der Sektor haushaltsnahe Dienstleistungen. In diesem Zusammenhang sprachen sich die Wirtschaftsvertreter gegen die Einführung eines einheitlichen Mindestlohnes aus. „Ein einheitlicher Mindestlohn hebt

die Tariffreiheit auf, macht das Lohnfindungssystem starrer anstatt flexibler und vernichtet Arbeitsplätze“, so Elard Raben.

Gerade im Bürokratieabbau habe das Land etwa durch die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten in den touristischen Orten oder bei der Heraufsetzung der Wertgrenzen bei öffentlichen Aufträgen bereits deutliche Impulse gesetzt, die zu mehr Freiraum für die Unternehmer geführt hätten, so Johannes Callsen. Dies muss unbedingt fortgesetzt werden, waren sich der CDU-Fraktionsarbeitskreis „Wirtschaft“ und der Wirtschaftsrat einig. Als Beispiel nannte Johannes Callsen die angestrebte Novellierung der Landesbauordnung, um Genehmigungsverfahren zu verkürzen und Investitionsvorhaben zu erleichtern. Entsprechende Vorschläge, die zu einer deutlichen Deregulierung im Baurecht führen, lägen auf dem Tisch und müssten vom Innenministerium bei den weiteren Beratungen berücksichtigt werden, um auch hier zu einer echten Verschlinkung zu kommen.

Durchaus kritisch sahen die Wirtschaftspolitiker der CDU-Landtagsfraktion und der Vorstand des Wirtschaftsrates CDU den Berliner Koalitionskompromiss zum Allgemeinen Gleichstellungsgesetz, der bei den Unternehmen kaum zu vermitteln sei. Zwar seien gegenüber dem von der rot-grünen Bundesregierung geplanten Antidiskriminierungsgesetz erhebliche Erleichterungen von der CDU eingebracht worden. Unter dem Strich gehe allerdings das neue Gesetz über die Vorgaben der Europäischen Union hinaus und Sorge in den Betrieben für zusätzliche Bürokratie und Rechtsunsicherheiten. Der Wirtschaftsrat empfiehlt der CDU, im Gegenzug eine Abschaffung aller Minderheits- und Gleichstellungsbeauftragten im öffentlichen Dienst durchzusetzen. „Mit dem Allgemeinem Gleichstellungsgesetz werden diese Stellen überflüssig“, stellt Raben fest.